

Streik der Gebäudereiniger

Forderung für Putzkräfte ist überzogen

WAZ Hattingen, 20.10.2009, Sascha Döring, 2 Kommentare, [Trackback-URL](#)

Hattinger Gebäudereiniger hält nicht viel von der Gewerkschafts-Forderung. Krankenhäuser nicht vom Streik betroffen.

Der Streik der Gebäudereiniger ist angelaufen. Alleine in NRW wurden dadurch 30 Gebäude nicht geputzt, darunter die beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn. Der Schwerpunkt in NRW lag aber im Ruhrgebiet. Die Gewerkschaft IG Bau will mit dem Streik ihre Forderung nach Lohnerhöhungen untermauern. Sie fordert für die Gebäudereiniger 8,7 Prozent – das sind 70 Cent – mehr pro Stunde. Das letzte Angebot der Arbeitgeber lag nach IG-Bau-Angaben bei 1,8 Prozent im Westen und 2,1 Prozent im Osten. Dies entspräche 24 Cent mehr pro Stunde.

Sascha Dilly, Betriebsleiter des Hattinger Gebäudereinigers Wolfgang Dilly GmbH, hält die Forderung der Gewerkschaft für überzogen. „Es ist klar, dass Lohnerhöhungen kommen müssen“, sagt er. Allerdings seien die Forderungen der IG Bau „nicht zu halten.“ Er habe sogar beobachtet, dass Mitglieder die Gewerkschaft verlassen, weil sie ebenfalls die Forderung als überzogen ansehen. Aus seinem Betrieb würde sich auch kein Mitarbeiter an den Streiks beteiligen. „Man muss doch bedenken“, mahnt Dilly, „dass wir Kunden in der Industrie haben. Viele von diesen Firmen haben derzeit Kurzarbeit angemeldet.“ Wenn jetzt eine derartige Lohnerhöhung käme, müsse er die an die Kunden weitergeben. „Und dann würden die äußerst irritiert sein“, glaubt Dilly.

In Hattingen hat sich der Streik der Gebäudereiniger – zumindest bei den Krankenhäusern – bislang nicht bemerkbar gemacht. „Wir sind nicht betroffen“, meldet Eberhard Franken, Pressesprecher des Evangelischen Krankenhauses. „Bei uns wird nicht gestreikt, wir haben aber auch einen Haustarifvertrag.“ Entwarnung meldet auch das St. Elisabeth-Krankenhaus in Niederwenigern. Auch hier haben die Gebäudereiniger die Arbeit nicht niedergelegt.

Von dem Tarifstreit sind bundesweit 860 000 Beschäftigte der Branche betroffen. Die IB Bau, in der lediglich zwölf Prozent von ihnen organisiert sind, warnte vor Dumping-Löhnen und möglicher Altersarmut. Bei Durchschnittslöhnen von monatlich 800 Euro könnten selbst Vollzeitkräfte kaum privat vorsorgen. Ende September endete mit dem Auslaufen des Tarifvertrages auch die gesetzliche Regelung zum Mindestlohn. Er betrug 8,15 Euro im Westen und 6,58 Euro im Osten. Nun können Unternehmen beim Abschluss neuer Arbeitsverträge die bisherige Untergrenze um bis zu 30 Prozent unterschreiten.